Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 339 | Donnerstag, den 6. Dezember | Jahrgang 1928

Schlechter Auftakt für Lugano.

Zurückdrehung des Rades der Geschichte um 10 Jahre?

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 5. Dezember (Drahtb.).

Die deutsche Delegation unter der Führung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann rüstet sich zur Abreise nach Lugano, um an der Tagung des Völkerbundsrates teilzunehmen. Wenn man bisher der Hoffnung gewesen sein sollte, in der freundlichen Schweizer Gegend werde auch ein für Deutschland günstiger Wind wehen, so kann man nunmehr, da der englische und französische Außenminister ihr wahres Gesicht enthüllt haben, an die Reise der deutschen Delegation nach Lugano nicht mehr große Hoffnungen knüpfen. Wie früher schon des öfteren haben sich auch jetzt wieder Chamberlain und Briand die Bälle in äußerst geschickter Weise zugeworfen. Die öffentliche Meinung Frankreichs ist geradezu entzückt über Chamberlains Erklärungen im Unterhaus, und in der gesamten französischen Presse zeigt sich ein Jubel darüber, daß die Einheitsfront gegen Deutschland wieder einmal hergestellt ist. Man hatte in Paris wegen der Stellungnahme Churchills einige Befürchtungen, daß zwischen England und Frankreich inbezug auf die gleichmäßige Haltung eine Aenderung eingetreten sei. Da nun aber Chamberlain wieder die Führung an sich gerissen hat, und Briand ihm glänzend sekundiert, zeigt sich die ganze Pariser Presse höchst befriedigt.

Die Rede, die der französische Außenminister gestern in der Kammer gehalten hat, brachte im wesentlichen nicht viel Neues. In der Form gewandt wie immer, der Sache nach ein Bekenntnis zu solchen Anschauungen, die in unmittelbarem Gegensatz zu dem „Geist von Locarno" stehen. Insbesondere muß das Augenmerk des deutschen Volkes auf die Ausführungen Briands gerichtet werden, die sich auf die Verquickung der Rheinlandräumung und der Reparationszahlungen bezogen. Schält man den wahren Kern aus den Worten Briands heraus, so ergibt sich, daß dieser nicht nur mit dem Gedanken spielt, die Räumungsfrage müsse zurückgestellt werden, bis die Angelegenheit der Reparationen erledigt sei, sondern daß er, wenn auch etwas verklausuliert, zugibt, daß nach französischer Auffassung die Räumung nicht vorgenommen zu werden braucht, bevor nicht der von Deutschland verlangte letzte Pfennig bezahlt sei. Umso mehr muß diese Haltung Briands in Deutschland das größte Aufsehen erregen, als doch seit Inkrafttreten des Dawesabkommens alle Welt weiß, daß die Reparationsfrage nur von Wirtschaftskennern geregelt werden kann. Der französische Außenminister hält jedoch die These der Pfänderpolitik aufrecht und erklärt, daß die Besetzung der Rheinlande zur Sicherung der französischen Reparationsforderung notwendig sei. Somit laufen die Aeußerungen Briands auf nichts anderes hinaus, als daß die Räumung der Rheinlande nach Ablauf von 15 Jahren illusorisch sein würde, weil zu diesem Termin an die Erledigung der Reparationen durchaus nicht zu denken ist.

Die gesamte Darstellung des französischen Außenministers stellt eine direkte Abweichung von der Vereinbarung dar, die am 16. September in Genf getroffen worden ist. Damals wurden voneinander unabhängige Verhandlungen über die Räumung, die Reparationsfrage und die Kontrollkommission vereinbart. Briand hat in seiner Kammerrede von Verhandlungen über die Räumung überhaupt nichts erwähnt, sondern vielmehr die Räumung von der Reparationsfrage völlig abhängig gemacht. Bezüglich der Kontrollkommission stellt sich der französische Außenminister in seiner Rede etwas unwissend. Nicht ganz unrecht hat er, wenn er darauf hinweist, daß in Deutschland infolge der Gespräche in Locarno reichlich Illusionen erweckt worden seien. Wir haben stets vor einer solchen Einschätzung des „Geistes von Locarno" gewarnt. Wenn Briand so tun will, als sei das französische Regime im Rheinland ein harmloses Vergnügen für die Bevölkerung, so trifft er stark daneben.

Dr. Stresemann wird angesichts der Einstellung Chamberlains und Briands in Lugano einen schweren Standpunkt haben. Mit verbindlichen Phrasen und schönen Worten wird die Situation nicht zu klären sein. Wir würden es für richtig halten, daß der deutsche Außenminister an die französischen und englischen Minister die unzweideutige Frage richte, ob sie die Weltgeschichte um zehn Jahre zurückdrehen wollen, um im Geiste des Waffenstillstandsvertrages und des Versailler Diktats mit Deutschland zu verkehren, oder ob sie geneigt sind, im Geiste praktischer Politik, im Interesse einer weitgehenden Verständigung mit uns zusammenzuarbeiten. Diese Frage Dr. Stresemanns an Chamberlain und Briand kann ganz kurz auch so lauten: „Was wollt ihr eigentlich?" Auf die Antwort darf man füglich gespannt sein.

★

Neue Unterhausdebatte über die Rheinlandräumung.

Chamberlain interpretiert die Erklärung vom Juni 1919: „Nicht eine Verpflichtung gegenüber der deutschen Regierung."

+ **London**, 5. Dezember.

Im Unterhause richtete Thurtle an Chamberlain die Anfrage, ob er in Verbindung mit der Frage der weiteren Besetzung des Rheinlandes der von dem verstorbenen Präsidenten Wilson, Clemenceau und Lloyd George unterzeichneten Erklärung, die im Juni 1919 zur Interpretation des Artikels 431 des Versailler Vertrages veröffentlicht wurde, Beachtung geschenkt habe. In dieser Erklärung, so erklärte Thurtle, ist mitgeteilt worden, daß die alliierten und assoziierten Mächte, wenn Deutschland zu einem früheren Zeitpunkt als nach Ablauf der 15jähr. Frist Beweise seines guten Willens und befriedigende Bürgschaft für seine Absicht, alle seine Verpflichtungen zu erfüllen, gegeben habe, bereit sein würden, über eine frühere Beendigung der Besetzung untereinander zu einem Abkommen zu gelangen.

Staatssekretär des Auswärtigen Chamberlain antwortete: Jawohl. Die fragliche Erklärung besagte, wenn Deutschland zu einem früheren Datum als dem 10. Januar 1935 einen Beweis seines guten Willens und zufriedenstellende Garantien für die Sicherung der Erfüllung seiner Verpflichtungen gegeben habe, dann würden die interessierten alliierten und assoziierten Mächte, nämlich Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten sich bereit finden, untereinander ein Einvernehmen über eine frühere Beendigung der Besetzungszeit herbeizuführen. Die ehemaligen alliierten Mächte sind auch jetzt von dem Geist der Erklärung vom 16. Juni 1919 beseelt, wie die in Genf am 16. September d. Js. von den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Italiens, Japans und Deutschlands angenommene Entschließung zeigt, in der die Eröffnung offizieller Verhandlungen hinsichtlich einer baldigen Räumung des Rheinlandes gebilligt ist.

Das Mitglied der Arbeiterpartei Thurtle fragte dann: Kann man dann der Auffassung sein, daß Deutschland nicht notwendig sämtliche die Reparationen betreffenden Vertragsartikel voll und ganz erfüllt haben muß, um eine Prüfung der Frage der Räumung des Rheinlandes zu erreichen?

Chamberlain verwies den Abgeordneten lediglich auf seine Antwort vom Montag.

Als darauf der Abgeordnete Thurtle fragte, ob nicht ein Widerspruch zwischen der Antwort Chamberlains vom Montag und seiner heutigen bestehe, wurde dies von Chamberlain bestritten.

Als Kennworthy fragte, ob Chamberlain bei der Abfassung seiner Antwort vom Montag der Inhalt des Locarnopaktes gegenwärtig gewesen sei, antwortete Chamberlain bejahend, bestritt aber, daß der Locarnopakt mit der Auslegung des Vertrages von Versailles in irgend einer direkten Beziehung stehe. Auf eine Frage Rennie Smith, ob der Staatssekretär hinsichtlich der juristischen Seite der Frage in seiner am Montag erteilten Antwort, das von seinem Vorgänger im Staatssekretariat des Auswärtigen 1919 unterzeichnete Dokument in Rechnung gezogen habe, antwortete Chamberlain, dieses Dokument habe keinen Bezug auf die am Montag abgegebene Erklärung.

Rennie Smith: Ist dieses Dokument nicht eine Interpretation der juristischen Seite der Angelegenheit?

Chamberlain: Nein, gewiß nicht. Das Dokument ist eine Erklärung der Absichten der drei genannten alliierten Regierungen und eine gegenseitige Verpflichtung zwischen diesen drei Regierungen. Es ist nicht eine Verpflichtung gegenüber der deutschen Regierung oder gegenüber anderen alliierten Regierungen, obwohl all diese Regierungen zur Zeit im Geiste dieser Erklärung handeln.

Wedgewood fragte: Hat die britische Regierung sich dahingehend entschlossen, daß ihrer Ansicht nach die Räumung des Rheinlands davon abhängig gemacht werden muß, daß Deutschland einer Aenderung oder endgültigen Regelung der Reparationen zustimmt?

Chamberlain: Ich möchte den Herrn Abgeordneten ersuchen, auf die Antwort zurückzugreifen, die ich hinsichtlich der Auslegung des Artikels 431 des Vertrages von Versailles dem Abgeordneten Rennie Smith am vergangenen Montag erteilt habe.

Wedgwood: Was immer auch die juristische Interpretation im Artikel 431 sein mag, ist es als endgültig zu betrachten, daß wir, solange die derzeitige Regierung im Amt ist, uns der französischen Auffassung anschließen, diese beiden Fragen, nämlich die Räumung und die Reparation, in zwangläufigem Zusammenhang zu halten und die deutsche Rechtsauffassung zu bestreiten, daß die beiden Fragen nicht in Zusammenhang stehen.

Chamberlain ersuchte den Abgeordneten, seine Frage schriftlich einzureichen.

Wedgwood: Haben wir nicht einen Anspruch darauf, dies endgültig klargestellt zu sehen? Die Antwort am Montag war nicht klar. Was ich wissen möchte, ist, ob die Antwort, die der Staatssekretär am Montag hinsichtlich des juristischen Inhalts des Artikels 431 erteilt hat, Großbritannien verpflichtet, nunmehr die französischen Rechtsansprüche gegen die deutschen Rechtsansprüche zu unterstützen.

Chamberlain ersuchte daraufhin den Abgeordneten nochmals, seine Frage schriftlich einzureichen. An[illegible] der Regierungsbank habe [illegible] Recht darauf, daß ihm derartige Anfragen vorher angekündigt würden.

★

Höchste juristische Autoritäten Englands sind anderer Meinung.

◆ **London**, 5. Dezember.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt: Es ist vielleicht angebracht, gewisse Mißverständnisse und gewisse falsche Schlußfolgerungen zu berichtigen, die im Anschluß an Chamberlains Unterhauserklärung über die juristische Seite der Rheinlandräumung entstanden sind. Der Staatssekretär hat zweifellos erklärt, daß Deutschland kein Recht auf das Zugeständnis einer völligen Räumung des Rheinlandes vor Ablauf der Vertragsfrist haben würde, ohne vorher seinen Reparationsverpflichtungen völlig nachgekommen zu sein. Er hat aber nicht angedeutet, daß die Räumung am 10. Januar 1935 aus dem gleichen Grunde aufgeschoben werden könnte. Der Teil der Berliner Kritik, der sich auf diese letztere Annahme gründet, ist sicher unberechtigt. Der Korrespondent führt weiter aus, daß Chamberlains Ansicht von einigen der höchsten juristischen Autoritäten in England nicht geteilt werde. Die juristische Seite der Frage sei mehr als einmal unter den Alliierten erörtert worden, so bei der Daweskonferenz, bei der Erörterung über die Räumung der Kölner Zone und seither noch des öfteren. Seine (des Korrespondenten) ausführliche Erörterung dieser Frage, die am 12. August 1924 im „Daily Telegraph" veröffentlicht wurde, habe sich auf eine hervorragende juristische Autorität gegründet.

Die oppositionelle liberale „Daily News" schreibt in einem Leitartikel: Indem der britische Staatssekretär des Aeußern Poincarés fantastische Auslegung des Versailler Vertrages formell akzeptiert, gibt er der französischen Regierung das Recht ihre Truppen auf deutschem Gebiet zu behalten, bis der letzte Pfennig für Reparationen bezahlt ist, d. h. für 30, 40 oder 50 Jahre. Das ist eine ungeheuerliche Zumutung, die auch bei engster Auslegung des Vertrages nicht haltbar ist. Sie widerspricht in gleicher Weise dem gesunden Verstand und den Verpflichtungen politischer Ehre. Wenn Chamberlain nur ein Zehntel der Weisheit und des Mutes besäße die er seinem hohen Amt schuldig ist, würde er offen und ohne Bemäntelung sagen, daß Großbritannien sich weigert, Frankreich weiterhin schwächlich Gefolgschaft zu leisten in einer gefährlichen Politik des aggressiven Militarismus, der unter der üblen alten Redensart von der nationalen Sicherheit verborgen ist.

★

Chamberlain über die englisch-französische Freundschaft.

:: **London**, 5. Dezember.

In einer Rede auf einem Essen zu Ehren des Marschalls Lyautey sagte gestern abend Sir Austen Chamberlain u. a.: Ich freue mich immer, an einer Veranstaltung teilzunehmen, bei der wir die Notwendigkeit der Freundschaft Frankreichs und Großbritanniens anerkennen und bekräftigen. Der Marschall hat in Worten, die mich tief berührt haben, von der loyalen Zusammenarbeit gesprochen, die er seit seiner Ankunft in Marokko bei den britischen Vertretern gefunden habe. Marschall Lyautey, das ist so! Ich möchte, daß es überall der Fall sei. Ihre und meine Regierung verstehen einander. (Das merkt ein Pferd. Die Redaktion). Wir arbeiten zusammen für den Frieden. Wir werden nicht erlauben, daß ein Mißverständnis sich in unsere Beziehungen drängt. — Chamberlain sagte weiter, was für oberflächliche Differenzen es auch zwischen beiden Ländern gäbe, sie berührten nicht Tiefe und Dauerhaftigkeit der gemeinsamen

Die Wahl des österreichischen Bundespräsidenten.

Der erste Wahlgang ergebnislos.

× **Wien**, 5. Dezember.

Die Bundesversammlung trat heute nachmittag zur Wahl des Bundespräsidenten zusammen. Die Tribünen waren dicht gefüllt. In der Diplomatenloge bemerkte man eine Anzahl ausländischer Diplomaten. In der Mitte des Saales steht auf einem Tischchen die Wahlurne, dahinter ein Lehnsessel, der zur Einführungszeremonie des neugewählten Präsidenten bestimmt ist. Das Halbrund ist dicht besetzt, da zu den Nationalräten auch die Bundesräte kommen, sodaß im ganzen — vier Mitglieder der Bundesversammlung sind am Erscheinen verhindert — 211 Anwesende gezählt werden. Die Parteizusammensetzung ist ohne Berücksichtigung der Abwesenden folgende: 98 Christlichsoziale, 91 Sozialdemokraten, 14 Großdeutsche und 12 Landbündler.

Der sozialdemokratische Klub des Nationalrats hat sich gestern bereit erklärt, einem verfassungändernden Gesetz zuzustimmen, das die Bestimmung der Bundesverfassung, wonach die Wiederwahl des Bundespräsidenten — also des jetzigen Bundespräsidenten Hainisch — für die unmittelbar folgende Amtszeit nur einmal zulässig ist, für die bevorstehende Präsidentenwahl außer Kraft setzt. Dieser Beschluß der Sozialdemokraten mußte Aufsehen erregen. Denn bekanntlich wollte Bundeskanzler Dr. Seipel durch Volksentscheid die Verfassung dahin ändern, daß der Bundespräsident vom Volk und nicht mehr, wie die Verfassung jetzt vorschreibt, von der Bundesversammlung — Nationalrat und Bundesrat — gewählt werden soll; bis zur Durchführung des Volksentscheids jedoch sollte auf Grund eines verfassungsändernden Gesetzes Hainischs zweite Amtszeit zusätzlich verlängert werden. Die Sozialdemokraten widersprachen aber damals einer solchen Verfassungsänderung, und wenn sie sich jetzt mit der Wiederwahl Hainischs abfinden wollen, so nur um, wie sie selbst zugegeben haben, die Wahl eines Christlichsozialen zu verhindern. Das ist das Vorspiel zu der heutigen Wahl.

Präsident Eldersch eröffnete um 3,15 Uhr mit Begrüßung der National- und der Bundesräte die Bundesversammlung, worauf nach Konstituierung des Bureaus die einzelnen Abgeordneten durch den Schriftführer zur Urne gerufen wurden und ihre Stimme abgaben. Die Stimmabgabe dauerte ungefähr 15 Minuten. Hierauf wurde die Sitzung zur Vornahme der Stimmenzählung unterbrochen. Noch bis zu diesem Zeitpunkt waren die Namen der für die Bundespräsidentenwahl aufgestellten Kandidaten der Parteien der Allgemeinheit nicht bekannt. Nach einer Pause von 25 Minuten wurde die Sitzung wieder eröffnet, und Präsident Eldersch verkündet, daß 211 Stimmzettel abgegeben wurden, wovon einer leer und nach den bisherigen Gepflogenheiten ungültig ist, also 210 gültige Stimmzettel abgegeben sind. Die absolute Mehrheit betrage somit 106. Es entfielen auf den Präsidenten des Nationalrats Wilhelm Miklas (Christl.-Soz.) 94 Stimmen, auf den Abgeordneten Dr. Karl Renner (Soz.) 91 Stimmen und auf den Polizeipräsidenten Johann Schober 25 Stimmen. Da somit keiner der drei Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hatte, war der Wahlgang ergebnislos geblieben. Auf Antrag des Abgeordnetne Frank (Chr.-Soz.) wurde hierauf die Sitzung bis 6 Uhr unterbrochen.

★

Auch der zweite Wahlgang umsonst.

× **Wien**, 5. Dez.

In der Bundesversammlung wurde nach dem zweiten um 6,15 Uhr begonnenen Wahlgang vom Präsidenten Eldersch um 7 Uhr folgendes Ergebnis verkündet: Abgegebene Stimmzettel 212, davon ein weißer, also 211 gültige Stimmen. Die unbedingte Mehrheit beträgt demnach 106. Es entfielen auf den Präsidenten Miklas 94, auf Dr. Karl Renner 91, auf Polizeipräsident Schober 26 Stimmen. Da die unbedingte Mehrheit wieder von keinem der Gewählten erreicht wurde, blieb auch dieser Wahlgang ergebnislos. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde die Sitzung zur Vorbereitung eines dritten Wahlganges auf dreiviertel Stunden vertagt.

★

Der Christlich-soziale Miklas zum Bundespräsidenten gewählt.

× **Wien**, 5. Dezember.

Als Ergebnis des dritten Wahlganges der Bundesversammlung gab Präsident Eldersch um 8,30 Uhr bekannt: Abgegebene Stimmzettel 211, davon 91 weiße, somit 120 gültige Stimmzettel, unbedingte Mehrheit demnach 61. Es entfallen auf Wilhelm Miklas 94, auf Polizeipräsident Schober 26. Somit ist der Präsident des Nationalrates Wilhelm Miklas zum Bundespräsidenten gewählt. Das Wahlergebnis wurde von den Christlich-Sozialen mit stürmischem langandauerndem Händeklatschen und Hochrufen begrüßt.

Nachdem Miklas einer Abordnung der Bundesversammlung gegenüber erklärt hatte, daß er die Wahl annehme, dankte Präsident Eldersch dem bisherigen Bundespräsidenten Dr. Hainisch für seine Tätigkeit, die zur Verankerung der Verfassung in den Herzen der Bevölkerung beigetragen und sein Amt volkstümlich gemacht habe. Die ganze Bundesversammlung nahm diese Worte mit lebhaftem einmütigem Beifall auf. Hierauf leistete der neue Bundespräsident den Eid auf die Verfassung. Präsident Eldersch hielt sodann eine Ansprache, in der er den Bundespräsidenten Miklas zur Wahl beglückwünschte und ihm versicherte, daß trotz der durch Parteidifferenzen schwierigen Wahl die Bundesversammlung ihm Achtung und Vertrauen nicht versagen werde, da der Ernst und die strenge Unparteilichkeit, mit der er sein bisheriges Amt geführt habe, mit Zuversicht erwarten lassen, daß er das Vertrauen rechtfertigen werde, das Oesterreichs Volk in den Repräsentanten seiner Souveränität setze.

★

Der neue österreichische Bundespräsident Wilhelm Miklas wurde am 15. Oktober 1872 zu Krems an der Donau geboren, steht also im 57. Lebensjahre. Miklas schlug nach Absolvierung der Universität die Lehrerlaufbahn ein und war an einer Reihe mittlerer und höherer österreichischer Schulen Schulleiter, zuletzt des Gymnasiums in Horn in Niederösterreich. Als Kenner der Schulfragen und der Kultusangelegenheiten wurde er 1907 in den österreichischen Reichsrat berufen, dem er von 1907 bis 1918 angehörte. Von 1918 bis 1920 war er Mitglied der verfassungsmäßigen Nationalversammlung der Republik Oesterreich, 1919 bis 1920 Staatssekretär für Kultusangelegenheiten. Dem österreichischen Nationalrat gehörte er seit 1920 ununterbrochen an. Seit 1923 ist er Präsident des österreichischen Nationalrats. Er gehört dem Vorstand der Christlich-Sozialen Vereinigung im österreichischen Nationalrat an. Seit 1900 ist er mit Leopoldine Heidinger verheiratet. Er ist Vater von 11 Kindern. Miklas ist einer der ältesten Parlamentarier Oesterreichs. Seine Amtsführung als Präsident des österreichischen Nationalrates hat allgemeine Anerkennung gefunden.

14000 Christen von chinesischen Soldaten niedergemetzelt.

÷ **Peking**, 5. Dez. **Wie gemeldet wird, veröffentlicht die Zeitung „North China News" eine Meldung des englischen Missionars Simson über die mohammedanischen Unruhen in der Provinz Kangsu Simson berichtet, daß, nachdem der General Ma sich geweigert habe, der Nanking-Regierung zu gehorchen, seine Truppen einen Pogrom unter der christlichen Bevölkerung verübten, die sich zur Wehr setzte. 14000 Tote seien nach dieser Metzelei in der Stadt Dschesan gezählt worden. Ganze Städte seien geplündert und verbrannt worden. Simson nimmt an, daß in dieser Zeit von den Kämpfen, dem Hunger und der Pest etwa 500000 Menschen umgekommen seien.**

Suche sofort oder später, kinderliebes
Mädchen
von 17—20 Jahren, für alle Hausarbeit.
Restaurant Jsm. Bernhard van Edig, Haldern (Rheinl.)

Interessen. Die beiden befreundeten Länder hätten die Differenzen der Vergangenheit begraben. In Zukunft sei ihr Schicksal miteinander verbunden. Sie hätten ein und nur ein gemeinsames Ziel, nämlich die Aufrechterhaltung des Friedens und die Entwicklung der Zivilisation (unter Niederhaltung Deutschlands. Die Redaktion.)

Die Kontrolle der Rüstungsindustrie.

Bezeichnendes Schweigen.

— **Genf,** 5. Dez. Der unter dem Vorsitz des Grafen Bernstorff arbeitende Sonderausschuß zur Aufstellung eines Konventionsentwurfes über die Kontrolle der privaten und staatlichen Rüstungsindustrien und ihrer Produktion an Kriegsmaterial aller Art ist heute vormittag zu seiner dritten Tagung zusammengetreten. In der kurzen Eröffnungssitzung unterstrich Graf Bernstorff unter Hinweis auf einen Beschluß der letzten Völkerbundsversammlung die Dringlichkeit und Bedeutung der geplanten Konvention für die Ratifizierung der Waffenhandelskonvention von 1925. Er erinnerte ferner an die von der Völkerbundsversammlung geforderte Gleichheit der Länder mit und ohne Rüstungsindustrien und gab dem Wunsche Ausdruck, daß der Rat nunmehr durch Vorlegung eines einheitlichen Konventionstextes in die Lage versetzt werde, die Konferenz für die Rüstungskontrolle einzuberufen. Das allgemeine Schweigen der Ausschußmitglieder auf die wiederholte Aufforderung des Vorsitzenden und des Berichterstatters Guerrero-Salvador nach Eröffnung der allgemeinen Aussprache spricht nicht dafür, daß die bestehenden Gegensätze seit September ds. Js. behoben werden könnten. Die Gegensätze beziehen sich vor allem auf die Offenlegung der staatlichen Produktion an Kriegsmaterial, die von den Vereinigten Staaten verlangt, von England abgelehnt und von Japan, Frankreich und Italien nur teilweise zugestanden wird. Nach Verzicht auf die Generaldiskussion wurde ein vertraulich beratendes Unterkomitee eingesetzt.

Deutschnationale Forderungen.

:: **Berlin,** 5. Dez. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung gefragt wird, ob sie bereit sei, dem Völkerbunde zu erklären, Deutschland werde, falls die Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission nicht zu dem vorgesehenen Zeitpunkte stattfindet und nicht zur Einberufung der Abrüstungskonferenz mit dem Programm einer für alle Völkerbundsmitglieder gleichmäßigen Regelung wert, seine Mitarbeit in der vorbereitenden Abrüstungskommission einstellen und seinen Anspruch auf Rüstungsgleichheit auf anderem Wege erfolgen. Ferner hat die deutschnationale Reichstagsfraktion Anträge eingebracht, welche die Einsetzung eines nur aus Angehörigen von im Weltkriege neutralgebliebenen Ländern zu bildenden Schiedsgerichtes zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage unter Offenlegung aller Dokumente der am Weltkriege beteiligten Länder fordern, ferner anläßlich der Reparationsverhandlungen die Erklärung abgeben zu lassen, daß Deutschland das ihm durch Artikel 231 des Versailler Vertrages aufgezwungene Schuldbekenntnis nicht anerkennt. Weiter wird eine Denkschrift über die deutschen Leistungen einschließlich der Gebietsverluste, Wegnahme und Zerstörungen auch durch den Ruhreinbruch verlangt und Schritte zur Aufhebung der noch jetzstehenden Beschränkungen der deutschen Luftfahrt.

Etatsberatung im Staatsrat.

▲ **Berlin,** 5. Dezember.

Der Preußische Staatsrat begann am Mittwoch vormittag die Aussprache über den Haushaltsplan für 1929. Freiherr v. Gayl (A. G.) wünschte, daß die preußische Regierung ihren Einfluß dahin geltend mache, daß weder der Transferschutz aufgegeben, noch eine Kommerzialisierung der deutschen Verpflichtungen zugegeben wird. Vor allem müsse an den Reisekosten gespart werden, für zahllose Veranstaltungen, deren Besuch für die Behördenvertreter zum größten Teil gleichbedeutend mit Vergnügungsreisen seien. Die Hauptsache sei aber der Abbau des immer mehr vergrößerten Aufgabenkreises des Staates und damit des ständig anschwellenden Beamtenheeres. Die ehrenamtliche Tätigkeit, insbesondere bei den Kommunen, müsse wieder mehr zur Geltung kommen. Weiter wünschte der Redner eine Stärkung des Deutschtums an den Grenzen. Vor allem die Provinz Ostpreußen müsse dabei herausgehoben werden. — Abg. Eberle (Soz.) glaubte, daß auch diesmal die Steuereingänge zu vorsichtig eingestellt sind und daß sie höher sein werden als der Voranschlag. Eine gewisse Reserve sei daher doch im Haushaltsplan vorhanden. Man brauche und dürfe Preußen nicht als einen Bankerottstaat hinstellen. Der sozialdemokratische Antrag auf Freimachung von Mitteln zum Zwecke der Lungenkrankenfürsorge dürfe nicht abgelehnt werden. — Abg. Koenen (Komm.) gab eine längere Erklärung ab, wonach die Kommunisten den Haushaltsplan ablehnen.

Bei der Abstimmung über das vom Ausschuß vorgelegte Hauptgutachten wird diesem von der Rechten und Mitte zugestimmt, während die Sozialdemokraten und Kommunisten es ablehnen.

In der Beratung der Einzelhaushalte sprach zum Haushalt des Staatsministeriums der Berichterstatter Dr. Meerfeld die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen mit Hamburg zwecks Regelung der Großhamburgfrage zu einem befriedigenden Ergebnis führen mögen. Beim Etat des Innenministeriums begründete Oberbürgermeister Dr. Rieve-Halle (Arbeitsgemeinschaft) den Antrag seiner Fraktion auf Hilfsmaßnahmen für die Grenzgebiete. Es wird empfohlen, das Schwergewicht der geforderten Hilfsmaßnahmen zunächst auf das wirtschaftliche Gebiet zu legen, um so die Voraussetzungen für eine planmäßige Kulturarbeit wiederherzustellen. Die notwendigen Mittel für eine wirksame Grenzhilfe müßten durch eine entsprechende Einschränkung der Staatsausgaben für andere Landesteile bei ausreichender Beteiligung des Reiches sichergestellt und planvoll verwendet werden.

Freiherr v. Oer (Z.) befürwortete einen Antrag seiner Fraktion, wonach die Regierung ein Programm zur Lösung der Grenzlandnot im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates baldigst vorlegen soll.

Nachdem noch mehrere Redner die Not der Grenzgebiete behandelt hatten, erklärte Staatssekretär Abegg, daß die Regierung bei der Linderung der Not der Grenzgebiete planmäßig vorgehen werde. Von den Anträgen, die der Staatsrat zu den einzelnen Etats annahm, ist zu erwähnen ein Antrag betreffend Aufhebung der landständischen Kommunalverwaltungen und ein weiterer Antrag betreffend Förderung der Siedlung im Osten. Der allgemeine Antrag betreffend die Grenzgebiete wurde in namentlicher Abstimmung mit 70 gegen 6 Stimmen angenommen, ein Antrag auf besondere Berücksichtigung Ostpreußens mit 46 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Es sei zuviel schematisiert worden. Der Reichsarbeitsminister sei gar nicht in der Lage gewesen, den Spruch selbst abzuändern. Er habe ihn entweder ablehnen oder annehmen müssen.

Zum Schluß erklärte Severing, daß, wenn man jetzt an Vorberatungen anknüpfen könne, so sei dies im wesentlichen das Verdienst des Regierungspräsidenten Bergemann.

*

Abwicklung der Fürsorgemaßnahmen im Eisenkonflikt.

▲ **Berlin,** 5. Dez. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Nachdem die Aussperrung in Nordwest beendet ist, wird die Fürsorgeaktion für die von der Aussperrung Betroffenen gemäß einer Vereinbarung zwischen den zuständigen Ministerien des Reiches und Preußens folgendermaßen abgewickelt: Arbeitslosigkeit oder mit Lohnkürzung verbunderner Arbeitsmangel (Kurzarbeit), die nach dem 1. Dezember erstmalig eingetreten sind, gelten nicht als durch die Aussperrung verursacht. Die Betroffenen fallen nicht mehr unter die Essener Richtlinien. Die Fürsorgeverbände zahlen die Unterstützung auf Grund der Richtlinien für die Zeit bis zum 15. Dez. einschließlich weiter. Eine Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung durch die Arbeitsämter kann aus technischen Gründen nicht vor dem 17. Dezember erfolgen.

Festversammlung des Deutschen Beamtenbundes

Berlin, 5. Dez.

Die mit 1,1 Millionen Mitgliedern größte Beamtenorganisation der Welt, der Deutsche Beamtenbund, konnte gestern auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Um dieses Tages zu gedenken, veranstaltete der Deutsche Beamtenbund gestern eine Reihe von Festlichkeiten. Am Vormittag trat der Gesamtvorstand zu einer Sitzung zusammen, wobei der Pressechef des Bundes, Bürgermeister a. D. Heßlein, über „Presse und Deutscher Beamtenbund", Dr. Richardt über „Grundsätze für die Neugestaltung des Beamtenrechts" sprachen. Vertreter aus den besetzten Gebieten machen sich zum Sprecher der Nöte dieser deutschen Landesteile, deren in Treue gedacht wurde.

Abends um 6 Uhr versammelten sich im Römersaale bei Kroll Vertreter des Bundes mit den Spitzen der Behörden, Mitgliedern der Parlamente, Vertretern befreundeter Organisationen und anderen Gästen zu einer Festsitzung.

Der Bundesvorsitzende Flügel führte in seiner Festrede u. a. aus, der Deutsche Beamtenbund bekenne sich zum Dienst an der Volksgesamtheit, gemäß Artikel 130 der Reichsverfassung. Der Bund sei jederzeit für die Erhaltung des Berufsbeamtentums auf öffentlich rechtlicher Grundlage eingetreten und habe jeden Abbau dieser Beamten deutscher Prägung bekämpft. Dem Bunde liege die Sorge ob um die dauernde Erhaltung einer menschen- und kulturwürdigen Existenzgrundlage für jeden Beamten, um eine der Leistung, der Verantwortung, der Dienstgefahr entsprechende Besoldung. Er erstrebe eine Wirtschaftsführung in unserem Volke, die das Interesse der Allgemeinheit den Privatinteressen voranstellt, die das Primat des Staates anerkennt und seiner Autorität sich beugt.

Im Laufe des Abends überbrachte der Reichstagspräsident Löbe die Glückwünsche der Reichstagsfraktionen. Für die Reichsregierung überbrachte Staatssekretär Zweigert vom Reichsinnenministerium Glückwünsche. Die preußische Staatsregierung übermittelte ihre Glückwünsche durch den Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff. Die Fraktionen des Preußischen Landtages ließen ihre Glückwünsche durch den Abg. Ebersbach darbringen.

Als Vertreter der Journalisten sprach Chefredakteur Dr. Metger. Er hob die geistige Gemeinschaft zwischen Beamtentum und Presse hervor. Beide beanspruchten für sich den Dienst an Volk und Staat. Nachdem noch Professor Oberecker-Wien, der Vizepräsident des Reichsverbandes der öffentlichen Angestellten Oesterreichs, unter lebhaftem Beifall ein Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt hatte, dankte der Vorsitzende Flügel für die große Zahl der Glückwünsche.

Kellogg-Pakt und Flottenprogramm.

Die Jahresbotschaft des Präsidenten Coolidge.

Washington, 4. Dezember.

Präsident Coolidge ließ heute vor beiden Häusern des Kongresses seine jährliche Botschaft verlesen, in der er feststellt, daß sich die Vereinigten Staaten innenwie auch außenpolitisch in dem angenehmen Zustande der Befriedung und Ruhe befinden. Im Lande herrsche Wohlstand und die Beziehungen zum Auslande seien friedlich und der Festigung dieses Friedens zugeneigt. Die Revolution in Nicaragua sei beendet und die Neuwahl unter amerikanischer Aufsicht erfolgreich verlaufen. Der alte Tacna-Arica-Streit zwische Chile und Peru, sei soweit beigelegt, daß beide Regierungen wieder in diplomatische Beziehungen zueinander getreten seien. Das Verhältnis zu Mexiko sei dank der Bemühungen des Botschafters Morrow so befriedigend wie kaum je zuvor. In China schreite die Konsolidierung der Nationalregierung gut vorwärts. Die Vereinigten Staaten hätten diese Regierung anerkannt und sie ermutigt durch den Abschluß eines Vertrages, der China volle Zollautonomie gewähre. Der Handel mit China nehme zu und die amerikanischen Truppen in China würden ständig vermindert. Der Präsident empfiehlt in der Botschaft dem Kongreß die Annahme der Regierungsvorlagen über die Regelung der Schulden Griechenlands und Oesterreichs. In beiden Fällen seien die Beträge verhältnismäßig gering, und die Vereinigten Staaten könnten es sich leisten, großzügig zu sein. Weiterhin empfiehlt Coolidge dringend die Ratifizierung des Kelloggpaktes, der die Bejahung des Friedenswillens in so positiver Form ausdrücke, wie das für souveräne Staaten nur möglich sei, und der mehr für den Weltfrieden bedeute als irgend ein anderer je zwischen Völkern abgeschlossener Vertrag. Der Pakt enthebe die Vereinigten Staaten natürlich nicht der Notwendigkeit, Ruhe und Ordnung im Inlande und die Rechte seiner Bürger im Auslande zu wahren.

Hierzu, so wird in der Botschaft weiter ausgeführt, brauchten die Vereinigten Staaten Heer und Flotte. Beide Waffen seien reine Devensivmittel. Die Flotte brauche, wie bereits früher dargelegt, neue Kreuzer, und er, der Präsident, rechne daher mit der Annahme des dem Kongreß vorliegenden entsprechenden Gesetzentwurfes, der lediglich den Ersatz alter Schiffe vorsehe. Für die Furchtsamen und Argwöhnischen wolle er nochmals betonen, daß die Politik der Vereinigten Staaten weder militaristisch noch imperialistisch sei. In vielen Fällen sind die Leute, so heißt es weiter, die hier und im Auslande diese Beschuldigung erheben, die gleichen, die Amerika zu weiterer Gewährung von Beistand an fremde Länder veranlassen wollen. Es sei aber die logische Folge solcher Beistandsgewährung, daß dadurch die außenpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten vermehrt werden, und daß die Vereinigten Staaten als souveräne Nation dann für die Wahrung dieser Interessen eintreten müßten.

Die größten außenpolitischen Interessen hätten die Vereinigten Staaten im Britischen Reich, in Frankreich und in Italien, und niemand in diesen Ländern könne den Vereinigten Staaten Militarismus und Imperialismus vorwerfen, wenn sie ständig auf die Wahrung dieser Interessen bedacht seien. Was die kleineren Staaten betreffe, so wolle Amerika sie nicht unterdrücken und sei mehr als sie selbst an ihrer Unabhängigkeit interessiert, wie das Beispiel Kuba zeige.

Die Beschränkung der Rüstungen durch internationale Abmachungen erwähnt die Botschaft Coolidges nur ganz kurz durch den Hinweis, daß die Stellung der Vereinigten Staaten zu dieser Frage und der gegenwärtige Stand der Verhandlungen hinreichend bekannt seien. Bezüglich der Einwanderung befürwortet der Präsident die Fortführung der gegenwärtigen Politik, ohne das Problem der sogenannten Ursprungsklausel zu erwähnen. Dagegen empfiehlt er die bevorzugte Zulassung von Sachverständigen für den Aufbau neuer Industrien.

*

Der Kellogg-Pakt dem amerikanischen Senat unterbreitet.

× **Washington,** 5. Dez. Präsident Coolidge unterbreitete dem Senat den Kellogg-Pakt zur Ratifizierung.

Weitere Verschlechterung des Befindens des Königs von England.

× **London,** 5. Dez. Heute abend wurde folgendes Bulletin über die Krankheit des Königs ausgegeben: Der König hat einen ruhigen Tag verbracht. Die Temperatur ist auf einen, im Vergleich zur selben Stunde gestern abend, höheren Punkt gestiegen, was zeigt, daß die Wiederverschlimmerung der Infektion weiterhin aktiv ist. Die Kraft ist aufrechterhalten.

Severing über seine Schiedsrichteraufgabe.

Schiedsspruch voraussichtlich Ende nächster Woche.

Zuviel Schematisierung in Dr. Joettens Schiedsspruch.

:: **Berlin,** 5. Dezember.

Nach seiner Rückkehr aus dem Ruhrgebiet nahm Reichsinnenminister Severing heute Veranlassung, der Presse über die Aussichten für die Fällung eines neuen Schiedsspruches ausführlich Mitteilung zu machen. Ueber seine Ziele und Absichten hätten einige Blätter in den letzten Tagen Meldungen gebracht, die einer Berichtigung bedürften. Es sei beispielsweise behauptet worden, daß er sich mit einer gebundenen Marschroute in das Ruhrgebiet begeben habe. Hierzu müsse erklärt werden, daß er den Auftrag nicht angenommen hätte, wenn nicht zwei Bedingungen restlos erfüllt wären: 1. Wenn nicht beide Parteien seine Person anerkannt hätten und 2. wenn ihm irgendwelche Bedingungen gestellt würden. Es seien ihm aber, was ausdrücklich festgestellt werden müsse, keinerlei Bedingungen gestellt worden. Die Arbeitgeber hätten allerdings den Wunsch geäußert, daß die Arbeitszeitfrage im Schiedsspruch nicht berücksichtigt werden möge. Sie hätten weiter gewünscht, daß die Regelung sich auf einen möglichst langen Zeitraum erstrecken solle und daß drittens er sich zur Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe persönlich in das Ruhrrevier begeben möge. Diese Wünsche seien ihm, dem Reichsinnenminister, vom Reichskanzler mitgeteilt worden. Bedingungen seien das nicht gewesen; er sei aber auch nicht in das Ruhrrevier entsandt worden. Durch seinen persönlichen Besuch im Ruhrrevier habe er festgestellt, daß die Vereinigung der ganzen Frage keinen weiteren Aufschub duldete. Nach der Zusage der Arbeitgeber, die Betriebe sofort wieder zu öffnen, sei es darauf angekommen, die Wiedereinstellung der Arbeiter ungestört und reibungslos vorzunehmen. Die in dieser Hinsicht geäußerten Sorgen seien jedoch grundlos gewesen. Auf beiden Seiten, davon habe er sich persönlich überzeugen können, herrsche das Bestreben, den Streit möglichst glatt beizulegen. Der „Vorwärts" habe Mittwoch morgen einen Bericht aus Bochum veröffentlicht, der dahingehend richtiggestellt werden müsse, daß nicht nur keine Maßregelungen von Betriebsratsmitgliedern, sondern auch von allen Arbeitern schlechthin stattfinden würden. Von Verfügungen solle Abstand genommen werden, da der Konflikt auf möglichst leichte Weise beigelegt werden solle. Es sei von Arbeitgeberseite das bestimmte Versprechen gegeben worden, daß Maßregelungen unter allen Umständen unterbleiben sollten.

Wenn er eine Einigung in den strittigen Fragen nicht herbeiführen könne, dann müßten Arbeitgeber und Gewerkschaften direkt verhandeln. Er glaube, daß gegen Ende der Woche bereits 75 Prozent aller Betriebe wieder arbeiten würden. Natürlich sei die Wiederingangsetzung der Hochöfen aus technischen Gründen mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Gestern und vorgestern hätten Besprechungen — keine Verhandlungen — mit Generaldirektor Vögler sowie mit verschiedenen Führern der Metallarbeiterverbände in Dortmund, Essen und Duisburg stattgefunden. Er habe dabei zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung alles tun werde, um den Frieden im Ruhrgebiet wiederherzustellen. Verhandlungen über die materielle Seite der Angelegenheit sollten aber zunächst nicht geführt werden. Bevor er die Aufgabe übernommen habe, habe er weder mit Reichswirtschaftsminister Curtius noch mit Reichsarbeitsminister Wissel sich über die materielle Frage unterhalten. Er sei infolgedessen bis vor zwei Tagen auch nicht über den Inhalt der in Düsseldorf beim Regierungspräsidenten Bergemann geführten Unterhaltungen im Bilde gewesen. Jetzt komme es darauf an, daß er sich nicht nur mit dem Schiedsspruch des Schlichters Dr. Joetten vertraut mache, sondern auch die Vorschläge Bergemanns prüfe. Diese Arbeiten erforderten jedoch einige Zeit.

Wenn er jetzt einen neuen Schiedsspruch fälle, so bedürfe das, wie gesagt, einer eingehenden Untersuchung. Er wünsche vor allen Dingen, daß der Schiedsspruch den Erwartungen der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer entspreche und daß der Spruch ferner eine dauerhafte Basis schaffe. Das werde einige Tage in Anspruch nehmen. Vor allen Dingen müsse er die wirtschaftlichen Folgen des Schiedsspruches prüfen.

Wenn er sowohl den Spruch Joettens als auch die Vorschläge Bergemanns geprüft habe, werde er sich wieder ins Ruhrgebiet begeben. Dann werde auch die Frage der Arbeitszeitregelung hinzukommen. Es gebe jetzt noch Arbeiter im Ruhrgebiet, die eine 60stündige Arbeitszeit hätten.

Er erwähne das nur, um zu zeigen, daß seine Aufgabe nicht ohne weiteres gelöst werden könne. Er werde zunächst gesondert vorgehen, d. h. zunächst mit den Gewerkschaften, dann mit der Gruppe Nordwest und dann mit beiden gemeinsam verhandeln. Alle Anfragen von heute bis zur Erfüllung des Schiedsspruchs hätten infolgedessen keinen Sinn. Alles, was in der Zwischenzeit verbreitet werde, müsse deshalb auf Kombinationen beruhen. Vor allen Dingen werde er alles persönlich machen. Er habe keine Hilfsarbeiter, und aus diesem Grunde sei die Diskretion gesichert. Alle falschen Nachrichten verursachten im Ruhrgebiet nur Mißtrauen.

Alsdann machte Severing noch einige persönliche Bemerkungen, nachdem er zunächst noch erklärt hatte, daß der Schiedsspruch voraussichtlich erst Ende der nächsten Woche zu erwarten sei.

Er habe nicht die Absicht, den Reichsarbeitsminister Wissel zu desavouieren. Das ergebe sich schon daraus, daß sich keiner so sehr für die Uebernahme des Schiedsrichterpostens durch ihn, Severing, eingesetzt habe, als Wissell selbst.

Er glaube kaum, daß er den Schiedsspruch in der vorliegenden Form werde anerkennen können. Die Lohnunterschiede in der Hütten- und Walzwerkindustrie seien in dem Schiedsspruch Dr. Joettens viel zu wenig berücksichtigt worden.

Versuchsfahrt des „Graf Zeppelin".

:: **Friedrichshafen,** 5. Dez. Nach gründlicher Ueberholung ist das Luftschiff „Graf Zeppelin" heute vormittag kurz nach 9 Uhr zu der ersten der sieben von der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt vorgeschriebenen Versuchsfahrten aufgestiegen. An Bord befinden sich etwa 90 Personen. Die Passagiere setzten sich außer den Herren der Deutschen Versuchsanstalt vorwiegend aus Werksangehörigen zusammen. Die Führung des Luftschiffes hat Kapitän Lehmann. Der Start ging bei sehr schönem, aber kaltem Wetter glatt vonstatten. Die Fahrt beschränkte sich auf das Bodenseegebiet und dauerte bis 2 Uhr nachmittags, wo glatte Landung erfolgte.

Opfer der Berge.

○ **München,** 5. Dez. Seit Montag werden zwei Münchener Skifahrer vermißt und es scheint, daß sie ein Opfer der schlimmen Schneeverhältnisse oder einer Lawine geworden sind. Die am Montag alarmierte Bergwacht mußte am Dienstag abend ihre Nachforschungen als ergebnislos abbrechen, da eine weitere Suche bei den augenblicklichen Schneeverhältnissen aussichtslos erscheint. Es handelt sich um den Chauffeur Baßler und seine Schwester, die am Sonntag trotz der außerordentlich ungünstigen Verhältnisse — es herrschten schwere Stürme bei tiefer, wässerig, lockerer Schneelage — eine von ihnen gepachtete Alm am Trainsjoch aufsuchen wollten. Sie wurden noch spät nachmittags in der Nähe einer anderen Alm gesehen und dürften dann an die Steilhänge geraten sein. Wie man vermutet, haben sie ein Schneebrett losgetreten und wurden von diesem mitgerissen und begraben. Lawinenspuren lassen auf diesen Hergang schließen, doch macht die starke Neuschneelage die genaue Feststellung des Unglücksortes und weitere Grabungen unmöglich.

Erdbeben in Ecuador und Chile.

× **London,** 5. Dez. Wie aus Guayaquil in Ecuador gemeldet wird, wurde die Stadt in der vergangenen Nacht von einem Erdbeben betroffen, das, obwohl leichter Art, die Bevölkerung angesichts der Erdbebenkatastrophe in Chile in großen Schrecken versetzte. Guayaquil war bekanntlich vor kurzem von Hoover auf seiner „Reise des guten Willens" besucht worden.

Die chilenische Stadt Villenar wurde Mittwoch von einem neuen schweren Erdbeben heimgesucht, das 10 Sekunden dauerte und eine Panik unter der Bevölkerung hervorrief.

*

Schwerer Grubenunfall auf Zeche „Ewald".

:: **Recklinghausen,** 5. Dez. Auf der Wetterschachtanlage der Zeche „Ewald" in Herten ereignete sich ein schwerer Grubenunfall. Aus bisher noch unbekannter Ursache zogen sich sechs Bergknappen so schwere Verletzungen zu, daß sie sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten.

Selbstmordversuch vor der Urteilsverkündung.

:: **Berlin,** 5. Dez. Heute hatte sich eine Buchhalterin wegen Scheckbetruges vor dem Schöffengericht zu verantworten. Als der Gerichtshof sich zur Urteilsberatung zurückgezogen hatte, fiel die Angeklagte plötzlich in Krämpfe. Wie sich herausstellte, hatte sie unbemerkt Rattengift zu sich genommen. Die Urteilsfällung mußte ausgesetzt werden. Nach erfolgter Magenauspülung wurde die Angeklagte wieder vorgeführt. Sie wurde wegen Betruges zu 100 *M* Geldstrafe verurteilt.

Diebstahl in einem Berliner Hotel.

● **Berlin,** 5. Dez. Ein polnischer Bankier, der mit seiner Frau in einem Hotel in der Nähe des Potsdamer Platzes abgestiegen war, wurde heute nacht von Einbrechern bestohlen. Die Einbrecher entwendeten aus seinem Zimmer eine Brieftasche mit etwas Bargeld und einige Schmucksachen, insgesamt für etwa 1500 *M*. Sie hatten es offenbar auf die Schmucksachen abgesehen, die eine Frankfurter Juwelenfirma gegenwärtig in demselben Hotel ausgestellt hat, hatten sich aber in den Räumlichkeiten geirrt und waren trotz einer halsbrecherischen Kletterpartie vom Hoteldach aus, bei der sie zwei Seile benutzten, nicht in die Ausstellungsräume gelangt.

Umfangreiche Erkrankungen in Oberbaden.

:: **Freiburg** (Breisgau), 5. Dez. Eine ganze Reihe von ländlichen Schulen Oberbadens, auch Kleinkinderschulen, mußten wegen umfangreicher Masernerkrankungen geschlossen werden. Von der Krankheit sind in vielen Fällen auch noch nicht schulpflichtige Kinder erfaßt worden.

Aus der Heimat.

Der St. Nikolaustag.

Bocholt, 6. Dezember. Der Nikolaustag ist im ganzen deutschen Land ein Freudenfest für die Kleinen. Seit Wochen schon hat der Vater, wenn er abends müde von der Arbeit kam, am knisternden Herdfeuer, während die Winde das Haus umbrausten, seinen Kleinen, das jüngste auf dem Schoße, erzählen müssen von dem Lieblingsheiligen der Kinderwelt. Hat ihnen ein Bild in Worten zeichnen müssen von dem großen Bischofe, der vor allem ein Freund der Armen und der Kinder war. Und der Vater hat den heiligen Mann mit dem langen weißen Barte, mit dem weißen Mantel, dem Bischofshut und -stab geschildert mit einem Herzen voll Liebe und Wärme, wie solche nur dem eigen ist, dessen Herz einst in frohen Kindertagen diesem großen Heiligen entgegenlachte. Und vom Knecht Ruprecht hören die bange lauschenden Kleinen, von Ruprecht, der in dunkler Tracht einen schweren Sack auf dem Rücken dem hl. Nikolaus ständig folgt. Der Sack ist gefüllt mit Aepfeln, Nüssen, Pfefferkuchen, Zuckersachen und sonstigen Herrlichkeiten. Auch hat Knecht Ruprecht für alle Fälle eine unheimliche Rute bereit. — Nicht in allen Häusern erscheinen beide Männer, St. Nikolaus und Ruprecht, zu gleicher Zeit. Oft teilen sich die beiden in die vielen Besuche, die sie alljährlich am Vorabend des 6. Dezember zu erledigen haben. Und wenn tiefer Schnee liegt, kommt St. Nikolaus so langsam voran, daß die Kindlein schon zu Bett gegangen und der Heilige all die schönen Gaben auf den vor das Fenster gestellten Teller oder in den Pantoffel legen muß. — Sankt Nikolaus ist nicht nur der Freund der Kinder, sondern auch der Patron der lernenden Jugend. Auch die Schiffsleute und Fischer, besonders in Sturm und Ungewitter und die Kaufleute verehren den hl. Nikolaus als ihren Schutzpatron.

Hochbetrieb auf dem Nikolausmarkt.

Bocholt, 6. Dezember. Gestern wurde in Bocholt der übliche jedes Jahr am letzten Mittwoch vor dem Nikolaustage stattfindende Nikolausmarkt abgehalten. Man hatte den Betrieb wegen der Renovierungsarbeiten am Rathaus, die den Marktplatz stark einengen, so daß er gerade noch für den Gemüsemarkt ausreicht, auf den Gasthausplatz verlegt. Hier standen Budenreihen der verschiedensten Branchen, hier und da hörte man Ausrufer, die mit mehr oder weniger wohlklingender Stimme ihre Waren anpriesen. Im Allgemeinen war der Markt gut beschickt. Der Handel war lebhaft und setzte schon frühzeitig ein. Zeitweise herrschte auf dem Platz und in den angrenzenden Straßen ein beängstigendes Gewühl. Bis in die späten Nachmittagsstunden hielt der Betrieb an. Wie immer war besonders die landwirtschaftliche Bevölkerung aus der ganzen Umgegend, die am Nikolausmarkttag bekanntlich ihren freien Werktag hat, stark vertreten. Der später einsetzende leichte Regen paßte zwar nicht zu einem Dezembermarkt, störte aber nicht allzuviel.

Viehmarkt.

Bocholt, 6. Dezember. Auf dem gestrigen Viehmarkt waren 550 Schweine aufgetrieben. Verkauft wurden 275 Schweine. Preis pro Lebendwoche 3,50—4 Reichsmark. Der Handel war flau.

Bocholt, die Stadt der alten Leute.

Bocholt, 6. Dezember. Am heutigen Nikolaustage vollendet die Ehefrau Magnus Wink, Langenbergstraße 39, ihr 84. Lebensjahr. Trotz ihres hohen Alters erfreut sich Frau Wink noch einer staunenswerten Frische und Rüstigkeit. Müßiggehen gibt es bei ihr auch heute noch nicht, immer muß sie irgend eine Tätigkeit ausüben. Lesen und schreiben kann sie noch ohne Brille. Ihr Gatte Magnus ist im letzten August „erst" 83 Jahre alt geworden. Er ist also jünger als sie und gibt sich noch alle Mühe, auch noch rüstiger als sie zu sein. Auch er ist noch immer tätig und macht fast täglich noch seinen Spaziergang. Nur mit unseren modernen Verkehrsmitteln vermag er sich nicht zu befreunden. Neulich weigerte er sich ganz entschieden, in den Stadtautobus zu steigen. Er bemerkte dabei drastisch: „In dat Ding, do kriegt se mi noch net in; un dat will ick di seggen: Wanst du olt werden wißt, dann bliewe ant loopen". Wir wünschen dem biederen Paare, daß es noch recht oft wie heute Geburtstag feiern möge.

Theater im Gesellen-Verein.
„Das Forsthaus im Falkengrunde."

Bocholt, 6. Dezember. Am vergangenen Sonntag, fand die erste Aufführung des vorgenannten Volksstückes im Gesellenhaus statt. Alles in allem kann man von einem vollen Erfolg sprechen, wozu die neue Bühne ein gut Teil beitrug. Das vollbesetzte Haus stand ganz im Banne des an lustigen Verwechslungen und tollen Einfällen reichen Spieles und kargte nicht mit dem verdienten Beifall. Man kann den Besuch nur empfehlen. Nächste Aufführungen am Samstag abends 8,15 Uhr und Sonntag abends 6,30 Uhr. Karten sind beim Kastellan zu haben.

Sprechstunden des Kreiswohlfahrtsamtes Borken im Monat Dezember.

Bocholt, 5. Dezember. Freitag, den 14. Dezember Bocholt: Tuberkulose-Sprechstunde nachm. von 3—5 Uhr. Montag, den 17. Dezember Rhede: Tuberkulose-Sprechstunde nachm. von 2—3 Uhr. Mütterberatung nachm. von 1—2 Uhr. Dienstag, den 18. Dezember Anholt: Mütterberatung nachm. von 1—2 Uhr. Tuberkulose-Sprechstunde nachm. von 2—3 Uhr. Mittwoch, den 19. Dezember Dingden: Tuberkulose-Sprechstunde nachm. von 12— 1 Uhr.

Radio-Ausstellung im „Bürgerkrug".

Bocholt, 6. Dezember. Nachdem die Radio-Ausstellung der Firma Radio-Gerten am vergangenen Sonntag in Suderwick so viel Anklang gefunden hat und von der dortigen Bevölkerung mit großem Interesse aufgenommen worden ist, veranstaltet die gleiche Firma am Samstag abend 7 Uhr im Hotel „Bürgerkrug" ebenfalls eine Radio-Ausstellung. Hervorzuheben ist die Vorführung des Groß-Lautsprechers, der als Ersatz für ein Orchester von 30 Mann dienen kann. Gleichzeitig findet die Vorführung des vieraktigen Films „Der deutsche Rundfunk" statt, der einen interessanten Ueberblick über die Entwicklung des deutschen Rundfunkwesens und besonders des Radiogerätes gibt. Ein Eintrittspreis wird nicht erhoben.

Haussammlungen.
Oeffentliche Sammlungen müssen genehmigt sein.

Bocholt, 6. Dezember. Alljährlich um die Weihnachtszeit gehen allerlei Leute von Haus zu Haus, um freiwillige Gaben und Beiträge zu irgendeinem bestimmten Zweck einzusammeln. Mit ihrer Beredsamkeit bringen es diese Leute, die angeben, daß die Sammlung für einen mildtätigen Zweck bestimmt sei, fertig, hohe Geldsummen einzusammeln. Im Volksmunde nennt man das von Haus zu Haus gehen „kollektieren". Der Begriff „Sammlung" ist mit dem Begriff „kollektieren" gleich. Jeder merke sich daß die öffentlichen Sammlungen vorher genehmigt sein müssen. Die genehmigende Behörde setzt die Bedingungen fest, unter denen die Sammlung vor sich gehen kann. **Die Sammler haben ein Abschrift der Genehmigungsurkunde bei sich zu führen und auf Verlangen vorzuzeigen.** Ferner muß das Sammelbuch polizeilich abgestempelt sein, damit keine Veränderungen in demselben vorgenommen werden können. Sammlungen unter falschen Vorspiegelungen sind als Betrug strafbar. Man benachrichtige in jedem Falle die Polizeiverwaltung, damit die Sammler auf ihre Tätigkeit hin geprüft werden können. Jugendliche dürfen bei Sammlungen zu Wohlfahrtszwecken nicht mitwirken. Die Regierungspräsidenten können jedoch von Fall zu Fall die Genehmigung zur Mitwirkung Jugendlicher erteilen, wenn die Sammlung besonders dringenden Bedürfnissen dient und alle Vorkehrungen getroffen sind, um einer Gefährdung der Jugendlichen vorzubeugen. Die Polizei ist verpflichtet, bei unbefugten Sammlungen das gesammelte Vermögen vorläufig in Verwahrung zu nehmen.

Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes.

Bocholt, 6. Dezember. Vom Ortskartell des deutschen Beamtenbundes wird uns Folgendes mit der Bitte um Veröffentlichung geschrieben: In Beantwortung vieler Anfragen aus unserem Mitgliederkreise erklären wir hiermit, daß das Ortskartell des deutschen Beamtenbundes der im Restaurant Busch veranstalteten Sonderausstellung für Beamte usw. fern steht. Wir empfehlen aus vielen hier nicht zu erörternden Gründen unseren Mitgliedern, ihren Bedarf in den einschlägigen hiesigen Ortsgeschäften zu decken. Etwaige Zahlungserleichterungen jeder Art gewährt die hiesige Kaufmannschaft im Bedarfsfalle ebenfalls.

Kath. Arbeiterverein St. Paulus.

Aus dem Winterprogramm des Vereins.

Der Arbeiterverein St. Paulus hat für den Winter 1928/29 ein umfangreiches und vielseitiges Programm aufgestellt, das einen guten Einblick in die Tätigkeit des Vereins gibt. Für die Monate Dezember bis April sind folgende Veranstaltungen vorgesehen:

2. Dezember. 1 Advent. Familienabend. 2. Lichtbilder-Vortrag: „Palästinareise", (Rom, Konstantinopel) 8. Dezember. Maria Empfängnis. Adventspiel, 9. Dezember. Adventspiel, 16. Dezember. Monatsversammlung: „Sozialismus und Liberalismus in ihrer Staatsauffassung", (Pflichtversammlung für Bezirk 1) 23. Dezember. Einkehrtag, (P. Runkel, S. J., Duisburg), 26. Dezember. Weihnachtsfeier für die Mitglieder von A—F 30. Dezember. Weihnachtsfeier für die Mitglieder von G—M 1. Januar. Weihnachtsfeier für die Mitglieder von N—Z 13. Januar. Monatsversammlung: „Unsere heutige Schule, mod. Pädogogik, Arbeitsschule usw., (Pflichtversammlung für Bezirk 2). 18. Januar 3 Uhr: Frauenversammlung mit Kaffee, (Rednerin: Fräulein Wessels M. d. L.) 20. Januar. 11,30 Uhr: Orgelmesse mit Konzert, 27. Januar. Liederabend der Gesangabteilung, 1. Februar. Freitag 8,30 Uhr: Vorbereitung (St. Agnes), 3. Februar. 56. Stiftungsfest 7,15 Uhr: gem. Kommunion in Liebfrauen, 5 Uhr Andacht mit Predigt, 5,45 Uhr Festversammlung, (Redner: Verbandssekretär Letterhaus, M.-Gladbach, M. d. L.) 10. Februar. (Fastnacht) 40-Std.-Gebet: 4,30 Uhr Betstunde, abends Familienabend, Montag 4,30 Uhr Betstunde, abends Familienabend, Dienstag 4,30 Uhr Betstunde, 24. Februar. Generalversammlung, 10. März. Bilderausstellung. 6 Uhr Familienabend mit Vorlesung und Vortrag: „Das Heim und sein Schmuck", (Redner: Schriftleiter Ritter, M.-Gladbach), 17. März. Monatsversammlung: „Der Arbeiter und seine Presse", (Pflichtversammlung für Bezirk 3), 24. März. (Palmsonntag) Einkehrtag. (Verbandspräses Prälat Dr. Müller, M.-Gladbach), 14. April. Monatsversammlung: „Katholische und nichtkatholische Jugendbewegung", (Pflichtversammlung für Bezirk 4), 21. April. Frühlingsfeier.

Schundkampf-Lehrgang in Bocholt am morgigen Freitag.

Man schätzt die Zahl der im Umlauf befindlichen Schundhefte in Deutschland auf rund 3 Milliarden, es kommen also durchschnittlich 50 Hefte auf jeden Deutschen. Der Schundroman „Der Scharfrichter von Berlin" brachte seinem Verleger 3 Millionen Mark ein. 250 Filme, die der Oberprüfstelle in Berlin vorlagen, enthielten u. a. 97 Morde, 69 Ehebrüche, 46 Verführungen.

Das Anwachsen der Schundliteratur und noch mehr der Schmutzblätter beunruhigt heute weite Kreise, die sich um die Zukunft unseres Volkes Gedanken machen. Früher war es eine Schar unentwegter Kämpfer, die für ein planvolles Vorgehen gegen die Verseuchung unserer Jugend durch die Schundliteratur eintraten. Dieser tapfere Vortrupp im Schundkampf hat nun seit einigen Jahren einen wertvollen Bundesgenossen erhalten. Das ist die Jugend selbst, die in ihrem Streben nach Reinheit und Wahrheit das Schund- und Schmutzbuch ablehnt und bekämpft. Von außerordentlicher Bedeutung ist aber auch weiter die Beobachtung, daß die Oeffentlichkeit selbst allmählich Stellung nimmt zu dem Vordrängen der Schund- und Schmutzliteratur im öffentlichen Leben, das sich besonders unangenehm in Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungskiosken und Winkelbüchereien bemerkbar macht. Den wiederholten Forderungen aus allen Kreisen der Bevölkerung ist es darum zu danken, daß das neue Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund und Schmutz endlich zustande gekommen ist. Durch das Gesetz vom 18. Dezember 1926 wird der seit Jahrzehnten geführte Kampf gegen die Schundliteratur sich in Art und Ausdehnung stark verändern.

Am morgigen Freitag, nachmittags 3,30 Uhr, wird der Leiter der Zentralstelle für literarische Jugendpflege und Schundbekämpfung im Regierungsbezirk Münster, Herr Wegmann, Münster, im kleinen Saale des St. Georgius-Schützenvereins die Teilnehmer mit den Bestimmungen des neuen Schundkampfgesetzes und Lichtspielgesetzes vertraut machen und ihnen wirksame Mittel auf dem Kampffelde gegen Schmutz und Schund an die Hand geben.

Schlg.

Warum gibt die Stadt Bocholt so viele Aufträge an auswärtige Firmen?

Nachdem die Stadtverwaltung sich bei Gelegenheit der Vergebung der ersten Arbeiten zur Renovierung unseres Rathauses eine Reihe energischer Proteste aus Kreisen des heimischen Handwerkes hat gefallen lassen müssen, haben wir jetzt leider wieder Veranlassung, auf ein Beispiel eigenartigen Verhaltens der Stadtverwaltung hinweisen zu müssen. Wie wir hören, sind

sämtliche Installationsarbeiten für die neue Badeanstalt am Lagerhof an eine auswärtige Firma vergeben worden.

Eine öffentliche Ausschreibung der Arbeiten ist nicht erfolgt. Als einige Bocholter Firmen von dem neuen Auftrag hörten, wandten sie sich an die Stadtverwaltung mit dem dringenden Ersuchen, ihre Offerten ebenso wie auswärtige Firmen einreichen zu dürfen. Das wurde schließlich gestattet. Aber trotzdem die Kostenanschläge der Bocholter Firmen niedriger waren, trotzdem sich eine Firma sogar zur Stellung einer sehr hohen Kaution bereit erklärte, ging der Auftrag nach auswärts. Von Spezialarbeiten, zu deren Ausführung das heimische Gewerbe nicht in der Lage sein soll, kann doch in diesem Falle wirklich nicht gesprochen werden. In einer Versammlung der Bocholter Installateure wurde das Verhalten der Stadtverwaltung scharf kritisiert.

Die Erregung in Kreisen des Bocholter Gewerbes ist sehr verständlich. Wenn die Stadt eine allgemeine öffentliche Ausschreibung vornehmen und nachher nach rein sachlichen Gesichtspunkten eine bestimmte Offerte herausgreifen und der leistungsfähigsten Firma den Auftrag erteilen würde, würde ihr niemand einen Vorwurf machen können, auch wenn nicht immer eine Bocholter Firma berücksichtigt wird. Wenn man aber von vornherein einen Auftrag nach auswärts geben will und dem heimischen Handwerk mit einem unverständlichen Mißtrauen gegenüber steht, so muß ein solches Verhalten zum mindesten als höchst eigenartig bezeichnet werden.

Warum genügen die Leistungen der Bocholter Firmen denn den privaten Auftraggebern, die doch Material und Ausführung sicher ebenso eingehend prüfen, wie die Stadt das tun würde? — Man sieht doch, daß die Arbeiten des heimischen Handwerks bei einer ganzen Reihe moderner Geschäfts- und Neubauten sich neben dem Werk der auswärtigen Konkurrenz ganz gut sehen lassen kann. — Warum ist die Stadtverwaltung, die doch sicher ein Interesse daran hat, ein starkes, voll beschäftigtes Gewerbe in ihren Mauern zu wissen, so zurückhaltend mit ihren Aufträgen? — Diese Frage muß einmal in aller Oeffentlichkeit gestellt werden.

Nach den bisherigen Erfahrungen darf man bei der Durchführung weiterer Baupläne, wie Gymnasialneubau usw. ja auf mancherlei Ueberraschungen gefaßt sein. Es macht einen eigenartigen Eindruck, bei städtischen Arbeiten so häufig auswärtige Firmen beschäftigt zu sehen. Das schadet dem Ansehen des heimischen Handwerks und damit auch seiner Wirtschaftskraft.

Warum ist das so und wie lange soll das noch so bleiben?

Was sagen überhaupt die von der Bocholter Bürgerschaft gewählten Stadtverordneten dazu? — Macht die Baukommission eine solche Handlungsweise mit oder wird sie vor vollendete Tatsachen gestellt? — Das heimische Handwerk hat großes Interesse an der Beantwortung dieser Fragen.

Die Mitglieder des Stadtparlaments sollen die Interessen der Bocholter Bevölkerung vertreten. Die beste Gewähr dafür sollte sein, daß sie selber geborene Bocholter sind. Es dürfte lehrreich sein, sich daraufhin einmal die Liste der Stadtväter durchzusehen und daraus — unter Umständen — bei der Aufstellung der Kandidaten zur nächsten Stadtverordnetenwahl die Konsequenzen zu ziehen.



Aus Kunst und Leben.

Franz Lehar: „Der Zarewitsch".
Gastspiel des Stadttheaters Hamborn in Bocholt.

Am Dienstag, den 4. Dezember ging im großen Saale des St. Georgius-Schützenvereins als zweites Gastspiel des Stadttheaters Hamborn die Operette „Der Zarewitsch", Musik von Franz Lehar, vor ausverkauftem Hause über die Bretter und erzielte einen vollen Erfolg bei dem aufnahmefreudigen Publikum. Dieser Erfolg ist zum wesentlichen dem trefflich aufeinander eingestimmten Spiel sowie dem temperamentvollen Taktstock des bewährten musikalischen Leiters, des Kapellmeisters Schneider zu danken. So wurde denn aus dem Stück, das an sich schon wegen der dürftigen Motivierung der Zusammenhänge keine besonders hervorragende Leistung in diesem Genre darstellen dürfte, herausgeholt, was herauszuholen war. Dr. Felix Warden (Zarewitsch) spielte anfangs mit einer gewissen Zurückhaltung, trat dann aber im zweiten und dritten Akt zu einem überzeugenden Spiel aus sich heraus; Camillo Hachinger gab in Maske, Sprache und Darstellung einen vorzüglichen alten Großfürsten ab; Sonja (Hedda Maria Burger) bewies ein sicheres schauspielerisches Können, verbunden mit immerhin sympathischer gesanglicher Leistung; Fritz Ploder (Iwan, der Laki) wußte auch diesmal die Zuhörer mit seinem ungezwungenen Humor in Atem zu halten, wobei ihn Claudy Reinhold als Mascha recht frisch und wirksam unterstützte. Flotte Solo- und Gruppentänze, einstudiert durch den Intendanten Willi Kaufmann, charakteristische Kostüme und wirksame Bühnenbilder gaben dem Ganzen ein besonderes Gepräge. — Nachdem nun die leichtgeschürzte Muse zu ihrem Recht gekommen ist, erwarten wir mit Interesse das für Januar angekündigte Schauspiel „Der Gedanke" von Leonid Andrejew.

O—f.

---

z. **Sienern,** 5. Dezember. **Meisterprüfung.** Herr Wilhelm Knuf von hier bestand vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer Münster die Meisterprüfung im Schreinerhandwerk mit „gut". Dem jungen Meister unseren herzlichen Glückwunsch!

m. **Spork,** 5. Dezember. **Drillinge beim Rindvieh.** Hier brachte eine Kuh des Landwirts Joh. Nienhaus gen. Keppel drei lebende Kälber zur Welt. Die Tiere wiegen zusammen ca. 180 Pfund und sind gesund und munter.

l. **Anholt,** 5. Dezember. **Theater-Aufführung.** Der katholische Jungmänner-Verein Anholt tritt in Verbindung mit dem kath. Jungfrauen-Verein in Kürze mit einer größeren Theater-Aufführung an die Oeffentlichkeit. Das Schauspiel „Als er wiederkam" von Josef Eckerskorn mit Gesang und Tanz in fünf Aufzügen wird über die Bretter gehen. Deutsche Treue und Heimatliebe durchwehen dieses schöne Stück, das uns zeigt, wie trotz zahlloser Widerstände wahre Treue und Liebe über die Intrigen dieser Welt triumphieren. Die Rollen liegen in besten Händen, so daß die Gewähr für eine gute Aufführung gegeben ist.

* **Heiden,** 5. Dezember. **Gefakte Wilddiebe.** Längere Zeit schon wurde von einigen Jagdanpächtern darüber geklagt, daß in ihren Jagdrevieren gewildert worden war. Den eifrigen Bemühungen der beiden hiesigen Sicherheitsbeamten ist es nun endlich gelungen, vor einigen Tagen einige Wilderer auf frischer Tat zu ertappen.

* **Burgsteinfurt,** 5. Dezember. **Vom Tode des Ertrinkens gerettet.** Am Sonntagnachmittag fiel an der ersten Schloßbrücke das 9 Jahre alte Söhnchen des Kaufmanns Brüning von hier, Wasserstraße, in die Aa, die z. Zt. einen hohen Wasserstand aufweist. Der Student Fritz Brandt von hier, Schulstraße, sprang sofort beherzt dem Kinde nach. Beide wurden von dem starken Wassergang durch die Schützen der ersten Brücke hindurchgespült. Erst weiter unterhalb der Schloßbrücke gelang es Brandt, der als guter Sportsmann bekannt ist, das Kind ans Ufer zu bringen. Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Die mutige Tat verdient doppelte Anerkennung. Vor einigen Jahren ertrank dort ein Kind vor den Augen vieler Spaziergänger, ohne daß jemand es wagte, sich dem Wasser anzuvertrauen.

* **Burgsteinfurt,** 5. Dezember. **Zwei jugendliche Ausreißer.** In großer Sorge sind zwei hiesige Familien. Ihre Söhne im Alter von 16 und 18 Jahren haben sich seit Mittwoch mittag aus der elterlichen Wohnung entfernt und sind bis jetzt noch nicht wieder zurückgekehrt. Die Eltern, die in begreiflicher Sorge sind, erhielten am Donnerstag eine Postkarte aus Köln, nach der die beiden angeblich „auf Wanderschaft" sind. Die Kölner Polizei ist inzwischen benachrichtigt worden sein und hat Anweisung erhalten, die jugendlichen Ausreißer im Betretungsfalle festzuhalten und dem Elternhause wieder zuzuführen.

Vom Niederrhein.

t. **Isselburg,** 5. Dezember. **Bevölkerungsstatistik im Monat November.** Im Monat November gelangten auf dem hiesigen Standesamt 3 Sterbefälle, 2 Heiraten und 4 Geburten zur Anmeldung.

t. **Isselburg,** 5. Dezember. **Spielverein 1919 Isselburg.** Der Verein hält am morgigen Freitag abend 8,30 Uhr im Vereinslokal A. Borkes eine Versammlung ab. Die Mitglieder werden dringend gebeten, vollzählig zu erscheinen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Bericht über den Gautag, Aufstellung der Mannschaft, Unfallversicherung, Platzfrage. Laut Tabelle, welche auf dem Gautag neu zusammengestellt wird, spielt die 1. Mannschaft am Sonntag, den 9. Dezember, gegen Sportklub 1926 Bocholt. Diejenigen, welche an der Fahrt teilnehmen wollen, können sich in der Versammlung melden. Die Fahrt geht per Auto.

—**Wesel,** 6. Dezember. **Eine 97jährige.** Die älteste Einwohnerin unserer Stadt, auch wohl des ganzen Kreises Rees, die Witwe Johann Neukötter, vollendete am gestrigen Tage ihr 97. Lebensjahr, sie ist noch körperlich und geistig rüstig.

—**Emmerich,** 5. Dezember. **Der Kreis Rees soll erhalten bleiben.** In der letzten dringlichen Sitzung der Stadtverordneten von Emmerich stellt sich der Vorsitzende zur Frage der Kreisgrenze auf den in der letzten Kreistagssitzung vertretenen Standpunkt, daß der Einfluß des äußersten Nordens bei Durchführung des Ministervorschlags noch weiter dezimiert würde. Am besten sei es, wenn die Kreise Rees und Dinslaken, abgesehen von kleinen Grenzberichtigungen, so bleiben, wie sie sind. Mit 20 gegen 4 Stimmen wurde dann eine Resolution gefaßt, in der die Erhaltung des Kreises Rees in seiner jetzigen Gestalt gefordert wird.

Motorsport.

Motorrad-Club Bocholt, A. D. A. C.

Der „Motorrad-Club Duisburg-Nord" hatte für den 2. Dezember ds. Js., als Ziel seiner letzten diesjährigen Ausfahrt unsere alte Vaterstadt Bocholt gewählt, um dem M. C. B. einen Besuch abzustatten. Die Bocholter hatten es sich nicht nehmen lassen, den Duisburger Sportskameraden ein Stück Weges entgegenzufahren und man stieß am Lippeschlößchen bei Wesel mit den Duisburgern zusammen. Nach einer herzlichen Begrüßung seitens des ersten Vorsitzenden des M. C. B. fuhr man gemeinschaftlich zum Lippeschlößchen, um zunächst beim Frühschoppen alte Bande der Freundschaft und Kameradschaft aufs neue zu befestigen und es dauerte nicht lange bis echte Motorsportler-Stimmung alle Herzen gefangen hatte. Nach dem gemeinsamen Mittagessen startete man unter Führung des M. C. B. nach Bocholt, wo am Vereinslokal „Zum steifen Arm" abgesessen wurde. Auch hier blieb man einige Zeit in urgemütlicher A. D. A. C.-Stimmung zusammen, um dann gegen 17 Uhr zu einer Corso-Fahrt, die recht eindrucksvoll verlief, durch die Straßen unserer Stadt zu starten. Hieran anschließend geleitete der Motorrad-Club Bocholt die Duisburger noch bis Wesel zurück, wo man sich dann mit einem begeisterten dreifachen „Töff! Töff! Hurra!" auf den gesamten Motorsport und den Allg. Deutschen Automobil-Club trennte. Cabü.

Turnen, Sport und Spiel.

F. C. Olympia (Reserve) — Sport- und Spielverein Rhede 1. 1:3 (1:2).

Das fällige Pflichtspiel obengenannter Mannschaften endete mit einem verdienten Sieg der Schwarz-Weißen. In der ersten Hälfte legten die Rheder 2 Tore vor, denen die Reservisten durch Selbsttor des l. Läufers von Rhede eins entgegen setzen konnten. Etwa in der Mitte der zweiten Halbzeit kann dann Halblinks durch ein weiteres Tor den Sieg sicherstellen. — Die 2. Mannschaft, welche ersatzgeschwächt nach Wesel fuhr, mußte eine 4:0 Niederlage einstecken. — Die 1. Jugend spielte auf eigenem Platze gegen die gleiche Olympias und verlor unerwartet, aber verdient, mit 5:2 Toren.

Sportfreunde 97 Bocholt.

Die Versammlung am heutigen Donnerstag abend fällt aus. Spiele sowie Mannschafts-Aufstellungen werden noch bekannt gegeben.

Aus der Industrie.

A.-G. Isselburger Hütte vorm. Johannes Nering, Vögel & Co., Isselburg.

Das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr dieses zum Klöckner-Konzern gehörenden Unternehmens erbrachte nach Abschreibungen von 38 326 Mk. einschließlich Gewinnvortrag einen Reingewinn von 95 177 Mk., aus dem 18 Mk. bezw. 9 Mk. Dividende pro Aktie bezahlt werden. Anstelle des verstorbenen Aufsichtsratsmitgliedes Freiherr B. von Gilhausen in Isselburg ist Generaldirektor Dr. Arnold Langen von Motoren Deutz in Köln in den Aufsichtsrat gewählt worden. In der Bilanz stehen bei einem Aktienkapital von 600 000 Mk. Gläubiger mit 284 919 Mk. und Anzahlungen mit 110 000 Mk., wogegen Schuldner mit 430 337 Mk., Halb- und Fertigfabrikate mit 197 126 Mk. und Rohmaterialien mit 99 795 Mark ausgewiesen sind.

Verantwortlich für den Inhalt: für Politik Chefredakteur Dr. Maier, für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Overthun, für Feuilleton Josef Hom, für Handel Dr. iur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Alfons von Bevern, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Fischer und Dr. Härner, Berlin SW. 11, für den allgemeinen Anzeigenteil Jos. Sidora, Münster i. W. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. B. Schmitz, Bocholt, für den örtlichen Anzeigenteil Joh. Remmers, Bocholt

Gute Möbel zu vorteilhaften Preisen!

Wegen anderweitiger Inanspruchnahme der Räume muß eines meiner Möbelläger geräumt werden. Ich stelle deshalb ca. 40 Zimmer zu auffallend billigem Verkauf.

Schlafzimmer
in Eiche und polierten Edelhölzern: von RM. 725,- an.

Speisezimmer
in Eiche, Nußbaum etc: von RM. 750.- an.

Herrenzimmer
in allen Holzarten: von RM. 625.- an.

Küchen
sehr schöne Modelle naturlackiert oder Weißlack RM. 350.- und höher.

Für Geschenkzwecke:
Einzelmöbel, Kleinmöbel, Klub- und Polstermöbel, Teppiche, Decken, Kissen etc.
in sparter Aussmusterung zu billigsten Preisen.

Alles bekannt gute Qualitätsarbeit und gediegene Formen.

Günstige Gelegenheit für Verlobte.

Möbelhaus Heinrich Terstegge, Osterstr. 62

ACHTUNG!

Am Samstag, dem 8. 12., veranstalte ich im Saale des Hotel Bürgerkrug, Langenbergstraße, eine

Rundfunkausstellung

verbunden mit der Vorführung des
GROSSLAUTSPRECHERS
der A. E. G.
(Ersatz für eine Kapelle von 30 Mann).

Gleichzeitig wird der Film:
„Der moderne Rundfunk"
(4 Akte) vorgeführt. 9955s

Eintritt frei! Anfang 7 Uhr.

RADIO-GERTEN
Telef. 3392 BOCHOLT i. W. Kobelstr.

Warum?

müssen Sie zum Feiertag (Mariä Empfängnis) im Volksblatt inserieren?

Weil

Lohn- u. Gehaltszahlungen erfolgt sind und der

Samstag

eine willkommene Gelegenheit für das Publikum bietet, die Weihnachts-Einkäufe zu tätigen, da die Geschäfte ja

offen

sind. Wir bringen eine besondere Weihnachtsnummer, die auch auf die Vorteile des frühzeitigen Einkaufs hinweist.

Sie dürfen nicht fehlen!

Große Auswahl
Plüsch- und Ledersofas
in formgefälligen Ausführungen.

Wunschgemäße Zahlungsweise!

Kunden, die ihr Konto beglichen haben, erhalten Ware ohne Anzahlung.

D. Triebwasser
Bocholt, Ernststraße 8.

Billiger Weihnachts-Verkauf

In allen Abteilungen Gelegenheitsposten zu besonders billigen Preisen.

Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion
zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Bis Weihnachten **10% Extra-Rabatt**

Günstige Einkaufsgelegenheit für Brautausstattungen.
Nur Qualitätsware.

J. Hoffmann, Anholt

Hausfrauen!

Es klagt und stöhnt die ganze Welt
Wie schlecht die Zeit, wie rar das Geld
Dennoch auch bei diesen geldarmen Zeiten
Will jedes Mutterherz ihren Lieben Freude bereiten.

Große Geldersparnis für Hausfrauen mit kl. Geldbeutel. Empfehle diese Woche extra billig schöne praktische Weihnachtsgeschenke für Alt und Jung für Groß und Klein, wie z. B.:

Unterzeuge, Kleiderstoffe, Pullover, Westen, Röcke, Schürzen, Nachthemden, Strümpfe, Socken, Bettlaken, Bettücher, Bettdecken, Seidentischdecken, Kaffeedecken, Damasttischtücher, Damasthandtücher, Frottierhandtücher, Grubentücher, Tellertücher, Bettvorlagen, Felldecken, Makkotuch, Linon, Hemdentuch, Oberhemden, Binder, Kragen, Hosenträger, Ledergürtel, Taschentücher, Kavaliertücher, Handschuhe, Shals, Strickvorhemden, schwarze Metzgerjacken, Streifenhosen, Breecheshosen, Arbeitsanzüge, Windjacken, Hemden aller Art, Kinder-Mützen, Mädchenhüte, Damen-Besuchstaschen, Portemonnaies, Kleiderbürsten, Kopfbürsten, Handwaschbürsten, Zahnbürsten, Taschenspiegel, Griffspiegel, Griffkämme, Bubinetze, Bubikämme, Taschenmesser, Zahnpasta, Hautcreme, Champoon, Köln. Wasser, Birkenwasser, Seifen-Geschenkkartons.

Moderne Herren-Anzüge in der Preislage von 29—99 RM. Verkaufe diese Woche mit Rücksicht auf die allg Geldknappheit mit **25% Rabatt**. Jeden Anzug ist mit billigsten schaft kalkulierten Grundpreisen gezeichnet. Interessenten u. Warenkenner kommt prüfet u. vergleicht Qualität u. Preis.

Nie wieder so billig! Verkaufe diese Woche so lange Vorrat: Damen-Winterschlupfhosen 1,45 R.-Mk. starke warme Winter-Köperhemden statt 4,25 nur 3,45 R.-Mk., gestrickte reinwollene Männer- und Frauen-Unterjacken staunend billig. Hochfeine weiße Prinzeßröcke 1,75 R.-Mk., Frauen- und Kinderstrümpfe, reine Wolle, extra stark, spottbillig. Schöne moderne Selbstbinder, zum Aussuchen, nur 75 Pfg., Herren-Winter-Socken, reine prima Wolle, statt 2,25 nur 1,75 R.-Mk. Inlettkissen, aus echt roten prima Inlettresten, 1,25, 1.85, 2,95 R.-Mk. Geschenkkarton mit 10 Stück köstlich duft. ff. Toilettenseife 1,70 R.-Mk., ff. Kernseife 6 Stück 40 Pfg. Echte weiche Fensterleder 3 Stück nur 98 Pfg., starke Aufnehmer 35, 48 Pfg., Spültücher 6 Stück 50 Pfg., große schöne Frottierhandtücher 98 Pfg.
Für Kinder gibt es diese Woche bei Einkauf von 3,— R.-Mk. an schöne Nikolaus-Geschenke umsonst.

W. M. Papenkort,
Leopoldstraße.

Winter-Angebot!

Damenmäntel, Kleider in hübscher, eleganter Ausführung und allen Größen.
Herrenmäntel mit und ohne Rundgurt in schönen englischen Stoffen.
Schwarze Mäntel in Eskimo, Marengo.
Moderne Anzüge.
Kinderkonfektion sowie Strickwaren aller Art.
Qualität und Auswahl sind enorm in jedem Preis und jedes Form!

Auch gestattet es mein vorzügliches Teilzahlungssystem, schon jetzt Ihre Einkäufe für Weihnachten zu machen. 9572k

D. Hirsch, Ravardistr. 40.



Schokolade
Feigen
Nüsse
Pralinen
billigst in der
Drogerie
Gebr. Steiner
Markt 8.

„Zum Feuerwehrmann"

Heute Donnerstag 9969e
Schlachtfest.

Färberei und chem. Reinigungsanstalt
Emil Thomas Nachf.
Duisburg.
Größte u. leistungsfähigste Fabrik dieser Branche am Niederrhein
Fabrik-Tel. Dbg. Süd 574, 575, 576, 5498.
Laden in Bocholt: Osterstr. 22, Tel. Nr. 3235.

Spezialabteilungen:
Teppich-Färbung, Reinigung, -Entstaubung, -Entmottung
Kunstplissee-Brennerei.
Hohlsaum-, Knopfloch-, Monogramm-Anfertigung.
Gardinen-Wäscherei, -Spannerei, -Stopferei nach „Plauener Art".
Kunststopferei, Dekatur- und Imprägnieranstalt.
Lederfärberei! Lederjacken, -Hüte u. Stücke werden auf- und umgefärbt.
Bettfedernreinigung ✣ **Indanthren-Färberei.**
Trauersachen sofort!
Geschäftsgrundsatz: Unübertroffene Qualitätsarbeit! Schnelle Bedienung! Mäßige Preise!

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, einen hervorragenden süßen, griechischen

MALVASIER

zum Preise von 1.20 pr. Liter ab Faß zu verkaufen.
Ebenfalls preiswerte Rhein- und Moselweine von 1.20 an.

Theod. Wiethold
Schanze 47. (9926k) Telef. 2644.

Kreisverbands-Geflügelschau

am 7. 8. u. 9. Dez. ds. Js.
im städtischen Saale
zu Borken. 9729 e

D RUCKSACHEN
aller Art liefert schnell und billig
J. & A. TEMMING

Vogelzüchter Vogelfreunde
kaufen **Vogelfutter-Mischungen** und **lose Sämereien** für alle Vogelarten am besten in der
Drogerie Bruns
Nordstr 22.

Eine beschlagnahmefreie Ism.
3-Zimmer-Wohnung
(elektr. Licht und Heizung) im Mittelpunkt der Stadt, per 1. Januar zu vermieten.
Offerten unter C. 9892 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Elektr.
Waschmaschinen
liefern ab Lager
Gebr. Becher, Bocholt
Ruf 2143.

Die kath. Volksversicherung
„LEO"
ist die beste Alters- u. Sterbevorsorge.
Auskunft erteilt die
Geschäftsstelle Clem. Gallas, Königstr. 2 und Kathol. Arbeitersekretariat.

Anzeigenpreis für das 1spaltige Millimeter: 12 Pfg. Lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pf., Kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche Anzeigen parteipolitische Anzeigen 10 Pfg.
Bezugspreis: 2,25 Goldmark, Einzelpreis 10 Pfg.